

Die Uni-Nachrichten im Gespräch mit dem Rektor der Universität Salzburg, Universitätsprofessor Heinrich Schmidinger. Thema: Die geplanten Einsparungen im gesamten Universitätsbereich.

MICHAEL ROITHER



Bild: SNIKOLARIK

Sparen ist nicht per se gut

UN: Wir befinden uns in einer globalen Wirtschafts- und Finanzkrise. Alle müssen sparen, auch in Österreich. Gleichzeitig protestieren die Universitäten gegen geplante Sparmaßnahmen. Sind die Universitäten nicht ebenfalls aufgerufen ihren Beitrag zu leisten? Geht es jetzt nicht um einen Akt der gesellschaftlichen Solidarität?

Heinrich Schmidinger: Man braucht die Universitäten in Österreich dazu nicht eigens aufzurufen. Als chronisch unterfinanzierte Einrichtungen sparen wir ununterbrochen. Ich bin seit bald 15 Jahren an der Universität Salzburg für Personal und Budget zuständig. Mir ist kein Jahr in Erinnerung, bei dem es nach der Budgetverhandlung mit dem Ministerium in Wien nicht geheißt hätte, dass gespart werden müsse. Deshalb frage ich zurück, wie es denn richtig sein kann, von Einrichtungen, die man permanent auf Sparflamme hält, immer weitere Sparmaßnahmen abzuverlangen – und darüber hinaus auch noch gleichzeitig immer mehr als Leistungen zu erwarten. Ich stelle diese Frage im Wissen um die Notwendigkeit der Solidarität, die in der jetzigen wirtschaftlichen und sozialen Situation unter allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes und darüber hinaus herrschen sollte. Gerade den Universitäten war immer bewusst, was es heißt, solidarisch zu sein.

Universitäten sind „chronisch unterfinanziert“

UN: Trotzdem wehren Sie sich dagegen, die Sparpläne der Bundesregierung mitzutragen und ihren Beitrag zu leisten, indem Sie ein bis 2015 eingefrorenes Budget akzeptieren.

Schmidinger: Sparen ist nicht per se gut. Man kann bekanntlich auch etwas kaputt sparen. Geschieht Sparen ohne konkretes Konzept, richtet es am Ende nicht nur noch größeren Schaden an, führt zum Gegenteil dessen, was man eigentlich erreichen wollte. Und genau das erwarte ich mir von den Sparprogrammen an den Universitäten. Einen ohnehin schon reduzierten Bereich weiter zu reduzieren, kann zu nichts Gutem führen. Abgesehen davon: Der Staat wird davon auch rein finanziell betrachtet nichts haben: Der Anteil

der Universitäten am Bruttoinlandsprodukt – nur von diesen rede ich – liegt bei knapp über einem Prozent. Von dem, was hier eingespart werden soll – gewiss einige hundert Millionen Euro –, wird kein Staat gesund.

UN: Immerhin: Sie sagen einige hundert Millionen. Stellt diese Summe nicht doch einen ordentlichen Solidaritätsbeitrag dar? Warum wehren Sie sich dagegen, selbst diese Maßnahme zu setzen?

Schmidinger: Weil – noch einmal – Schaden nicht dadurch behoben wird, dass noch größerer Schaden angerichtet wird. Oder ist es kein Schaden, wenn wir Studierende in Fächern, in denen große Nachfrage herrscht, noch weniger betreuen können, als es momentan der Fall ist? Ist es kein Schaden, wenn wir in den Rankings, die die Forschungsleistungen der Universitäten abbilden, unaufholbar zurückfallen? Ist es kein Schaden, wenn wir noch mehr davon Abstand nehmen müssen konkurrenzfähig zu sein? Was soll denn am Ende alles Sparens für die Universitäten, damit aber vor allem für die jungen Menschen, denen die Zukunft gehören muss, herausgekommen sein? Darauf antwortet die Politik nicht.

UN: Sehen Sie eine Alternative, etwa nach dem Vorbild anderer Staaten? Müssen am Ende nicht doch alle Länder sparen – zuletzt auch an Bildung, Wissenschaft, Forschung?

Schmidinger: Es gibt Länder wie Deutschland, Frankreich, die Schweiz, die skandinavischen Länder, von den USA ganz zu schweigen, die tun das genaue Gegenteil von dem, was Österreich tut: Sie sparen nicht, sie investieren zusätzlich. In den nächsten Jahren werden beispielsweise in Deutschland Milliarden-Beträge für die Exzellenz-Initiative sowie zur Verbesserung der universitären Lehre ausgegeben. Warum geschieht das dort? Natürlich vor allem deshalb, weil klar ist, dass sich die Zukunftschancen eines Staates in jenem Ausmaß erhöhen, in dem dieser auf Bildung, Wissenschaft und Forschung setzt. Aber auch dann, wenn man diesen Ländern, die genauso Probleme wie Österreich haben, eine solche Einsicht nicht zutraut, so haben sie jedenfalls besser kalkuliert: Sie wissen, dass Investitionen in Zukunftsbereiche, wie sie Universitäten sind, auf Dauer eine gewaltige Hebelwirkung erzeugen können und sich beileibe nicht nur universitär auswirken. Man denke bloß daran, welche Wertschöpfung von einer

Universität in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht ausgeht. Allein durch unsere Universität fließen der Stadt und dem Land Salzburg an Gehältern, Investitionen und allgemeinen Umsätzen pro Jahr an die 100 Millionen Euro zu – eine beachtliche Umwegrentabilität.

„Man kann bekanntlich auch etwas kaputt sparen“

UN: Könnten Sie genauer sagen, welchen Schluss Sie daraus für Österreich ziehen würden?

Schmidinger: Ich komme darauf zurück, dass alles, was sich budgetär in einem Staatshaushalt im Null-Komma-Bereich bewegt, relativ gering ist, auch wenn die Summe in sich betrachtet hoch erscheinen mag. Würde man nun das ohnehin schon geringe 1,1 Prozent, welches nur die Universitäten am BIP halten, nicht um 0,x reduzieren, sondern umgekehrt erhöhen, auch wenn es nicht gleich zu den von den Universitäten geforderten zwei Prozent des BIP reichen sollte, so könnte man nicht nur der Wissenschaft, sondern zugleich der Gesellschaft, der Wirtschaft, der Kultur, der Gesundheit, der Umwelt usw. einen positiven Impuls geben, der sich allemal rechnen würde – jedenfalls weit mehr als alles Drauflos-Sparen. Nicht allein in die Wissenschafts- und Forschungspolitik, vor allem auch in die Finanzpolitik käme damit ein weiterführendes Ziel, eine positive Vision.

UN: Warum meinen Sie, dass man diese im Grunde simple Überlegung in Österreich nicht wenigstens versucht umzusetzen?

Schmidinger: Weil es am politischen Willen fehlt. Wenn etwas so offensichtlich auf der Hand liegt wie das soeben Gesagte, und man daraus keine Konsequenz zieht, dann liegt dies nur noch daran, dass es einem nicht so viel wert ist wie anderes. Bildung, Wissenschaft und Forschung – sie genießen in Österreich nicht die Priorität, die andauernd im Mund geführt wird. Der Gegenbeweis, dass es doch ganz anders sei, wären überzeugende, zukunftsweisende Taten, aus denen erkennbare Früchte resultierten. Allein: Es fehlt an solchen Taten.

DATEN & Fakten

Die Paris Lodron Universität Salzburg ist mit ihren über 16.500 Studierenden und rd. 2.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Forschung, Lehre und

Verwaltung die größte Bildungseinrichtung in Stadt und Land Salzburg. Der Anteil an ausländischen Studierenden beträgt derzeit 27 Prozent, sie kommen aus 107 Staaten. Pro Jahr wer-

den rund 100.000 Prüfungen und 5.000 Lehrveranstaltungen abgehalten. Es gibt vier Fakultäten: Theologie, Rechtswissenschaften, Kultur- und Gesellschaftswissenschaften und Naturwissenschaften. Sie bieten ein breites Spektrum mit insgesamt 93 Bachelor-, Master- und Doktoratsstudien sowie 42 postgraduale Universitätslehrgänge an.

Das Globalbudget des Bundes beträgt rund 100 Millionen Euro. Rund drei Viertel davon werden für Personalkosten aufgewendet, der Rest für Gebäudekosten, Neuberufungen, Gebäudeadaptierungsprojekte und IT-Kosten.



Bild: SNUUS